

haben, ihre sämt-
September er."

Gewerkschaftsver-
orf Rattand, be-
chen Organisationen
in Bortrage des Ge-
labdach wählte die
stehende Agitations-
plan für die
ng mit den Zentral-
in Rheinland und
r Kommission sollen
stellen, teils durch
Gleichzeitig soll ein
ie Herausgabe von
werden.

lichen wirklich groß,
den freien Gewerks-
is aufs i-Tischchen

er ist, soweit die
endet, da diese die
tag, bewilligt haben,
der Gewerkschaft
er Töpper freit
em vollen Siege der
gende Forderungen;
für Affordarbeiter,
s Lohnes bei Über-
ng der Organisation
des 1. Mai.

gemeinde der Pro-
sein halbes Leben
en Werk der Kinder-
ur der Anerkennung
seiner Gemeinde er-
wie üblich, die da-
er armen Frau ging
beischloß, ihr einen
en ihres Mannes zu
indigung folgende
langjährigen treuen
r Gemeinde geleitet
e Lebenszeit ein -
schiffes (unter dem
hat sich vor kurzem
en Lehrer die Auf-
s, insbesondere das
beziehen. Als er
tung einer kleinen
Kirchenrat: "Dem
Tätigkeit auf dem
Bratelle gewohnt"

Verlag ist soeben
dem Inhalt des

Von Dionys Zimmer,
e. Ludwig Wolfram,
ie Frau beim Theater,
lanismus in neuer
s Jugendjahre. Von
Das neueste Jahrbuch
u Berlin. Von Ernst
u Vorgehens der
neffel. Prof. Dr. G.
empfehle. - Notizen:
ummal und ist durch
voorteure zum Preise
der Zeitungspreisliste
Die 5575 eingetrag-
u Quartal abommt
e. gung.

Interessen der Ar-
eben die Nr. 20 des
halt dieser Nummer

erwachsener Jabeitor,
Von M. Gr. - Von
Von R. A. - Aus
Gandchen des Zau-
Aus dem Aufstehen
- Notizen: Ein-
terfamilie. Von M.
rchaft von Grimmi-
ale Geisgebungs-
- Frauenstimmrecht
berried. Gedicht von

einmal. Preis der
ertragen in der Reichs-
beträgt der Abonne-
5 Pfg.; unter Kreis-

ch au erhalten:
- Von der Filiale
5.-. In freier Willen
"Tag 30,50 M. In

entgegen und ersucht

Steinbrink,
Bierstr. 58.

rs Elberfeld.

" , Romantische Over

Zum zweiten Male:
ei Allen von Bier-

gen Male (Novität)
von Schlagschiffen
erfeld.

Elberfeld-Barmen

Erscheint jeden Nachmittag
außer Sonntags.
Abonnementspreis 60 Pfg.
pro Monat in Elberfeld-Barmen
auswärts 70 Pfg.
Bei der Post unter Nr. 2799
2 Mark pro Quartal.
Einzel-Exemplar 10 Pfg.

Telegraphen-Adresse:
Freie Presse Elberfeld.

Organ des werktätigen Volkes von Rheinland und Westfalen.

Haupt-Exped. u. Redaktion: Elberfeld, Friedrichstr. 37. - Filial-Expeditionen: Barmen, Oberdörnerstr. 104. - Remscheid, Kirchh. 1 a. - Hagen, Niegestr. 21. - Hülshof, Mühlengang 15

Hierzu eine Beilage.

Rückblick auf den Parteitag.

Die auf dem Parteitag wiederholt ausgesprochene Mah-
nung, die Parteigenossen möchten ihr Urteil nicht nach dem
Verhalten der bürgerlichen Presse einrichten, scheint bis jetzt
keinen besonderen Erfolg gehabt zu haben. Wenigstens läßt
die Beurteilung, welche der Parteitag in einer Anzahl Partei-
organe findet, darauf schließen.

Nach jedem Parteitage hat die bürgerliche Presse
sich in häßlicher Weise über den „Sozialistentaug“ geäußert
und ihre Glossen über die Verhandlungen und die einzelnen
Redner oder Anträge gemacht. Wir sind darüber stets mit
gutem Humor hinweggegangen, wußten wir doch, daß die
Propaganda, welche die bürgerliche Presse an ihre Glossen
knüpfte, sich nicht erfüllen würden. Wir sind uns ferner in
jedem Augenblick bewußt, daß die Sozialdemokratie
der Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft ist und von jemand,
der auf die bürgerliche Gesellschaftsordnung schwört, heiße er
wie er wolle, keine freundlichen Worte zu erwarten hat.

Gegenüber den beweglichen Klagen, welche wir in
einer Anzahl Parteiblätter über das „Gegäng“ und die „un-
fruchtbaren Debatten“ auf dem Parteitag finden, sagen wir:
ein sozialdemokratischer Parteitag tut
nichts, was nicht unter dem Druck der Ver-
hältnisse notwendig geworden ist. Damit
wollen wir natürlich nicht sagen, daß jede Einzelheit
der Verhandlungen eine Notwendigkeit gewesen sei. Sicher
ist vielfach — und zwar von allen Seiten — über die Schnur
gehauen worden, sicher ist vieles gesagt, was besser unter-
bleiben und Besseres hätte Platz machen können; aber kommen
müßten die Debatten, sie waren eine notwendige Er-
scheinung.

Auf diejenigen, welche nach dem glücklichen 16. Juni
gerne ein Siegesfest, eine Parade und Schaulustig sehen
hätten, die gegenüber den Gegnern jede Meinungsverschieden-
heit in der Partei vertuschen möchten, müßten die Verhand-
lungen allerdings sehr demprimierend wirken. Mit dem Ver-
ständnis schafft man aber Gegensätze nicht aus der Welt. Und
daß solche wirklich vorhanden sind, und zwar nicht nur
taktische, das hat der Parteitag deutlich genug gezeigt.
Diejenigen, welche man als „Revisionisten“ bezeichnet, geben
fundamentale Gegensätze frei nicht zu. Das ist begreiflich,
denn andernfalls würden sie vor die Alternative gestellt sein: ent-
weder sich dem Beschlusse der Mehrheit zu fügen und der-
aus den Grundansatzungen der Partei sich ergebenden
Richtung für die Taktik zu folgen, oder zu erklären, wir
können nicht mehr in der Partei bleiben. Beides wollen sie
nicht. Sie wollen Parteimitglied bleiben, sie wollen aber
auch ihre bisherige Tätigkeit fortsetzen, mag diese noch so
störend und verwirrend in der Partei wirken. Hier haben
wir den Schlüssel für die Lösung des „psychologischen Rätsels“,
warum die „Revisionisten“ für die durch Amendement noch
veränderte Resolution Bebel-Zinger-Kautsky stimmten. In
dieser Resolution wird die Politik des Entgegenkommens an
die bestehende Ordnung auf das Entschiedenste verurteilt und
im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen
Bestrebungen der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die
Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern vertiefen.
Es wird erklärt: „1. Daß die Partei die Verantwortlichkeit
ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise be-
ruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und daß
sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche
geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu er-
halten. 2. Daß die Sozialdemokratie gemäß der Resolution
Kautsky des Internationalen Kongresses von Paris 1900
einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürger-
lichen Gesellschaft nicht erstreben kann.“

Die Stipulation dieser Grundsätze, welche auf Antrag
einer Anzahl Genossen, denen die ursprüngliche Resolution
Bebel-Zinger-Kautsky nicht scharf genug war, als ein neuer
Weg in diese hineingebracht wurde, beruht wahrlich nicht
auf einem bloßen Wortspiel oder auf Einbildungskraft. Nein,
für jedes der hier angegebenen Momente konnten sich die
Einbringer des Amendements auf eine Anzahl unzweifel-
hafter Stellen in Schriften von Bernstein
und Vollmar berufen. Kautsky hat in seiner Rede
einige derselben angeführt. Es wirkt daher höchst komisch,
wenn jetzt bürgerliche Blätter — und auch einige Partei-
zeitungen — behaupten wollen, in Wahrheit hätten doch die
„Revisionisten“ den Sieg davon getragen, wenigstens den
moralischen Sieg. Letztere aufstellen und diese dann durch
die Zustimmung zu einer Resolution als mit den Parteian-
schauungen unvereinbar erklären, ohne diese Letztere als
irrig aufzugeben — das kann keine gesunde Parteimoral sein.
Und dennoch wollen wir den „Revisionisten“ keine unläuteren
Motiven unterstellen, nein die beiden Richtungen der Theo-
retiker vertieften sich in wichtigen grundlegenden Parteifragen
nicht mehr. Seitdem Bernstein den Tatendrang in sich ver-
spürt, eine Revision des „Marxismus“ vorzunehmen, ist von
einigen Genossen die Gesichtsauffassung, welche der Partei
bisher als sicherer Wegweiser diente, mehr oder weniger ver-
lassen worden. Gerade bei ihnen tritt an Stelle der Macht
der Verhältnisse die Macht des persönlichen Willens,
gerade sie sind es, die durch ihre vermeintlich
neue, in Wirklichkeit antiquierte Auffassung
der Entwicklung das persönliche Moment in
die Debatten getragen haben.

Die gesamte bürgerliche Presse ist voll der Schmähworte
über den „Diktator Bebel“ und ein paar Parteiblätter, wie
z. B. das „Volkblatt“, geben in dieser Beziehung
den bürgerlichen Blättern nicht viel nach. Danach könnte es

scheinen, als ob es gerade Bebel sei, der nur seinen persön-
lichen Willen durchsetzen wolle. Die Sache liegt aber ganz
anders. Wohl soll nicht bestritten werden, daß die Reden
Bebels an manchen Stellen arg das „Ich“ in die Erscheinung
treten ließen. Aber auch Bebel ist das Produkt der ihn
umgebenden Verhältnisse. Durch seine hervorragende Befähig-
ung, seine Tatkraft, seine Energie, seine Begeisterung für
die Sache, ist er auf einen nach allen Seiten hin schwer ver-
antwortungsvollen Posten gelangt, wo er die Pflicht in sich
fühlt, auf allen Gebieten einzugreifen. Sicherlich nicht, um
persönlichen Ehrgeiz oder Diktaturgelüste zu befriedigen, son-
dern um das, was er als richtig verfaßt und verachtet, zu
verteidigen und an der Hand seiner Erfahrungen Zertümen
zu begreifen. Das ist nicht nur sein Recht, sondern seine
Pflicht. Es mag sein — wir wiederholen das — daß er
hier und da zu weit geht, oder das, was er zu monieren hat,
in anderer Weise oder an anderer Stelle besorgen sollte. So
wäre die Abfassung, welche er dem Chefredakteur des „Vor-
wärts“ Genossen Eisner coram publico zuteil werden ließ,
besser nicht erfolgt. Aber in der Sache müssen wir auch in
diesem Falle Bebel Recht geben. Eisner ist ein glänzender
Journalist, aber er kam fast unmittelbar aus dem national-
sozialen Lager in die Redaktion des „Vorwärts“, und daraus
erklärt sich der Mangel einer festen Haltung in parteitaktischen
Fragen, welchem wir im „Vorwärts“ begegnen. Auch die
Worte Bebel von dem Komödientenspiel haben arge Insekten-
erfahren und auch wir haben gewünscht, sie wären unter-
blieben. Aber es muß doch festgehalten werden, daß es sich
hierbei um innere Parteiangelegenheiten han-
delt, nicht um das Verhalten der Partei gegenüber den
Gegnern.

Daß die außerordentlich umfangreiche und meist persön-
lich zugelegte Debatte über die Frage, ob Sozialdemokraten
an bürgerlichen Wahlen Mitarbeiter oder Redakteure sein
dürfen, unangenehm berührt, war wollte das bestritten! Da
aber auch diese Sache unter dem Eindruck der sachlichen
Gegensätze ausgefochten wurde, so wäre es unseres Erachtens
besser gewesen, man hätte die Erörterung über die revisionis-
tischen Bestrebungen in der Partei vorausgeschickt; die
Literatendebatte dürfte dann weniger lang und gehässig ge-
führt worden sein. Diese Angelegenheit ist übrigens für die
Beteiligten noch lange nicht erledigt, für die Partei im all-
gemeinen dürfte dagegen die angenommene Resolution eine
Mahnspur sein, durch welche weitere Fälle wie diejenigen,
durch welche die Diskussion veranlaßt wurde, als ausge-
schlossen zu betrachten sind.

Man hat darüber gesagt, daß der Parteitag so wenig
positive Arbeit geleistet habe, daß die Anträge, welche die
praktische Tätigkeit betreffen, im Handumdrehen erledigt
worden seien. Ganz so schlimm ist die Sache nun doch nicht.
Die Anträge, welche zur parlamentarischen Tätigkeit vorlagen,
sowie diejenigen zum Vorstandsbericht und zur Maifeier sind
genau in der Weise erledigt worden, wie auf früheren
Parteitagen.

Der parlamentarische Bericht der Reichstags-
fraktion, der sich diesmal mit den allerwichtigsten Fragen der
praktischen Politik beschäftigte, gab Gelegenheit, eine Reihe
angenehm bedeutungsvoller Aufgaben der Partei in den Vorder-
grund zu rücken. So die Verbesserung der Arbeitergesetz-
gebung, namentlich den Arbeiterminderungs, die Aufhebung des Maie-
ratsbeleidigungsparagraphen, die Einführung der einjährigen
Dienstzeit, die Bekämpfung der Soldatenmishandlungen, der
Wundstichpocken und der Massenjustiz. Mit den auf diese
Fragen bezüglichen, der Fraktion zur Erörterung überwiegenen
Anträgen und deren Begründungen sind der Fraktion wert-
volle Anregungen und Materialien gegeben worden. In
Sachen der Maifeier wurde beschlossen, es beim Alten zu
lassen. Ein anderer Beschluß geht dahin, alljährlich nach
Schluß der Reichstagsession ein Flugblatt herauszugeben,
das in gedrängter Kürze über die Tätigkeit der Fraktion und
deren Haltung zu den wichtigsten Gegenständen berichtet.
Damit wird ein auch im Verbreitungsgebiet der Freien Presse
wiederholt ausgesprochener Wunsch erfüllt. Die Anträge auf
Abänderung des Organisationsstatuts sind allerdings vertagt
worden, aber, wie wir sicher glauben, zum Vorteil für die
Partei. Das Organisationsstatut bedarf in verschiedenen
wichtigen Punkten einer Veränderung; diese aber muß gründlich
vorbereitet und die Vorlage den Genossen schon vor dem
Parteitage zur Vertagung vorgelegt werden. Nach unserer
Ueberzeugung wird auch daraus zu dringen sein, daß eine
Reorganisation der Parteileitung stattfindet; in der jetzigen
Form ist sie den an sie herangetretenen Aufgaben nicht mehr
gewachsen. Den von Nürnberg gestellten Antrag auf Ein-
setzung einer Reichsagitationskommission hatten wir allerdings
für durchaus unannehmbar; es muß ein anderer Modus ge-
funden werden.

Unter den sonstigen Anträgen sind diejenigen, welche
ernste Beachtung verdienen, auch nicht ohne weiteres unter
den Tisch gefallen; so ist der rheinische Antrag auf Umstellung
beförderter Sekretäre für die Agitationsbezirke, in denen sich
diese Notwendigkeit herausstellt, sehr eingehend diskutiert
worden, andere bemerkenswerte Anträge, deren Erledigung
nicht eine brennende ist, wurden von den Antragstellern für
den nächsten Parteitag zurückgestellt. Es liegt also gar keine
Veranlassung vor, mit dem Ergebnis des Dresdener Parteita-
ges besonders unzufrieden zu sein. Die Debatten über die
Taktik der Partei waren unvermeidlich geworden, und wenn
wir auch sehr wohl wissen, daß mit der angenommenen Re-
solution die Gegensätze nicht aus der Welt geschafft sind, so
ist doch ein wesentlicher Schritt zur Klärung erfolgt. Das
wird die Zukunft zeigen.

Nachstehend geben wir noch einige Stimmen der Partei-
presse über den Parteitag wieder:

Der „Vorwärts“ findet, daß der Parteitag schlecht
vorbereitet gewesen sei und dies wiederum die Folge davon
sei, daß die Parteileitung in entscheidenden Momenten über-
haupt nicht zu gemeinsamer Beratung zu haben sei. Gerade
in der Zeit, da Lebensfragen der Partei zu allgemeiner u-
erregter Erörterung gelangen, da weiß das einflussreiche
Mitglied der Parteileitung fern vom Sitz der Parteileitung
und des Zentralorgans der Partei. „... Es muß unter-
sucht werden, warum der Parteitag den Genossen im Lande
in erheblichem Maße statt Brot die Steine geboten hat, die
führenden Parteigenossen gegen einander geschleudert haben.“
Trotz der beiden gewaltigen Reden Bebel und Vollmars ist
ja auch die Revisionisten-Frage selbst durch die Re-
solution, mit der für die Außenwelt die Einigkeit im innern
deklariert wird, noch keineswegs für immer abgeschlossen. Nach
wie vor bleibt die alte Streitfrage bestehen: „Revolutionsäre
Evolution oder soziale Revolution!“ Das ist der springende
Punkt, das Entscheidende — Oder! im Streite zwischen Kautsky
und Bernstein; für die eine oder die andere Theorie muß sich
die Partei entscheiden.

Genosse Karvons bedauert den Mangel an praktischer
Arbeit auf dem Parteitag, namentlich in bezug auf den Acht-
stundentag. Er sagt:

Die Resolution ist denn auch von der gerechten Nemesis
ergriffen worden. Sie sollte dazu dienen, den Revisionismus einzu-
fangen, — und nun erklärte der Revisionist Vollmar, die Revo-
lution sei ihm noch gar nicht radikal genug. Er forderte mit
vollem Recht, daß der vage Ausdruck „Wahrnehmung der Ar-
beiterinteressen“ durch eine präzise Angabe unserer sozialpolitischen
Forderungen ersetzt werde.

Angesichts dieser Tatsachen mag man noch so sehr in Brust-
ton der Ueberzeugung vom „Prinzip“ reden, noch so sehr gegen
den Revisionismus vortreten, so ist es doch und bleibt nur politi-
scher Ultra-Radikalismus, nicht sozialrevolutionärer Volkst. Aus
dem Kampf gegen den kapitalistischen Staat wird ein Kampf
gegen die an der Spitze dieses Staates stehende Regierung, aus
der politischen Devotierung der Kapitalistenklasse der Sturz der
Regierung, aus der Titatur des Proletariats eine sozialdemo-
kratische Reichstagsmehrheit — und aus den großen Aufgaben des
die Welt umfassenden proletarischen Klassenkampfes ein speziell
auf das deutsche Kaiserreich zugeschnittenes parlamentarisches
Oppositionsprogramm.

Die „Volkstimme“ in Frankfurt a. M. urteilt:
„Nun ist die unerfreuliche Episode des Parteitages
geschlossen durch fast einstimmige Gutheißung der bekannten
Resolution des Parteivorstandes gegen die Mitarbeiter so-
zialistischer Schriftsteller an der bürgerlichen Presse. Aber
wenn es weiter nichts gegolten hätte, als diese Feststellung,
so wären nicht über zwei Tage der kostbaren Parteitag-
zeit dazu nötig gewesen. Es muß vielmehr gerade auch
in einem Rückblick auf diesen Abschnitt der Verhandlungen,
der eine abschließende Ueberschau ermöglicht, offener und
nachdrücklicher als je wiederholt werden, wie notwendig
traurig diese Debatten waren, traurig nach Form und In-
halt. Man sollte meinen, es müßte für jeden Genossen
ganz selbstverständlich sein, daß er mindestens Wälder
durch Mitarbeit nicht unterschläft, die unsere Partei gelegent-
lich oder regelmäßig beschmutzen und verleumden. Aber
eine ganze Reihe bekannter Genossen, und zwar nicht etwa
lauter Revisionisten, waren von jener Selbstverständlichkeit
nicht durchdrungen. Ihre Zahl auch in nicht revisionisti-
schen Kreisen ist gar nicht klein...“

Dieses unschöne Verhalten mußte einmal gerügt werden.
Insofern hat Bebel recht, Lärm zu schlagen und einzu-
greifen, wenn auch vielleicht so großer Lärm nicht nötig
gewesen wäre. Aber sein Verdienst als „Scharfmacher“ ist
auch in dieser Beziehung unbestreitbar.“

Die „Sächsl. Arbeiterzeitung“, deren leitender
Redakteur seine Betrachtungen unter der unmittelbaren Ein-
wirkung des Parteitages schrieb, urteilt:

„Wie Donnerkeile schlugen die Worte ein, in denen
Bebel erklärte, daß es ein Unikum sei, von der inneren
Einheit und Einigkeit der Partei zu sprechen, daß wir nie
uneiniger gewesen seien als jetzt. Diese Worte waren eine
befreiende Tat — damit hat Bebel ausgesprochen, was
vielen seit langem auf dem Herzen lastete, die bange er-
wägten, ob bei einem solchen Auseinandergehen der An-
schauungen nicht schließlich die Uneinigkeit in der Aktion
entstehen müsse, die bis jetzt noch immer glücklich ver-
mieden wurde.“

Zu der Debatte über die Taktik der Partei
schrieb die „Leipziger Volkszeitung“ am Parteitag:
... „Bebel hat endlich ausgesprochen, was ist. Nein, wir
sind nicht mehr so einig und geschlossen, wie die Partei noch
vor zehn, selbst noch vor fünf Jahren gewesen ist. Es wäre
gerade übertrieben, zu sagen, daß ein tiefer Riß durch die
Partei gehe; die Partei, die sozialdemokratische Arbeiterkraft,
ist in der Hauptsache so einmütig wie je. Allein das Partei-
leben, wie es sich in der Öffentlichkeit, in Parlament und
Presse seit Jahren abgespielt hat, hat immer mehr und
schärfer divergierende Tendenzen aufgewiesen. Man konnte
anfangs sich dabei beruhigen, daß die ungestümen Ausein-
andersetzungen in der Presse die Sache viel gefährlicher er-
scheinen ließen, als sie war, daß die Massen in ihren Tiefen
von dem literarischen Sängerkrieg viel weniger aufgerührt
werden, als das in der Arbeiterpresse vielfach zum Ausdruck
kam; allein die immer schärfere und grundsätzlichere Formu-
lierung der taktischen Meinungen im Revisionismus sowie
die seit Jahren bemerkbaren Neigungen zu eigenmächtiger Ex-
perimentierpolitik in den Fraktionen konnten mit der Zeit eine
ungünstige Rückwirkung auf die proletarischen Massen nicht ver-
fehlen. Erst mit Bernsteins Auftreten kam die Meinungsstreuung
in der ganzen Parteipresse auf; der Revisionismus wurde in der
Hauptsache eine literarische Erscheinung. Die Auseinander-
setzungen, die jetzt in der Presse gepflogen werden, geben von
der wirklichen Bewegung ein total falsches Bild, und die

grundsätzlichen Diskussionen, die nun den Parteitag aufgedrängt wurden, konnten den Eindruck von den „zwei Strömungen“ nur vertiefen. Tatsächlich hat es in der sozialistischen denkenden Arbeiterschaft niemals „zwei Strömungen“ gegeben; dieser Gegensatz war wesentlich nur bei den Arbeitervertretern in Parlament und Presse zu finden und trat da mit einem Geräusch in die Erscheinung, das den wirklichen Stimmungen in den proletarischen Kreisen in keiner Weise entsprach.

Die „Chemnitzer Volksstimme“, welche bekanntlich dem Genossen Schippel nahesteht, steht auseinander, warum die „Revisionisten“ für die Resolution Kautsky-Bebel stimmen konnten, und fährt dann fort:

„Was die „Revisionisten“ anfangs vielleicht stutzig machen konnte, war die Stelle, daß die Sozialdemokratie gemäß der Kautsky'schen Resolution einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht „erstreben“ könne. Daß sie die Anteilnahme an der Gewalt, wenn sie ihr angeboten würde, z. B. in Gestalt eines Vorsteher des zu schaffenden Reichsarbeitsamtes oder eines Arbeitsministers oder sonst einer leitenden Stelle im Staatsorganismus, konsequenterweise aber ablehnen müsse, das steht nicht darin. Da das „Erstreben“ zurzeit in Deutschland ohnehin nicht die geringste Aussicht auf Verwirklichung hat, so konnten die „Revisionisten“ diese Stelle der Resolution mit derselben Würflichkeit hinnehmen, wie Bebel den sächsischen Untertanen in Leipzig geleistet hat.“

Ganz besonders unzufrieden ist die „Rhein. Ztg.“ mit dem Parteitag, sie schreibt:

„In größerer Klarheit werden wir nicht kommen, auch wenn wir noch ein halbes Duzend Dresdener Parteitage, wenn wir noch mehr halbtägige Reden und ellenlange Resolutionen haben werden — und deshalb sollten die Zeichen-deuter, Prinzipienwächter und Parteikonfliktnach so viel Belehrung durch die Tatsachen doch endlich darauf verzichten, zum Schaden wichtiger und notwendiger Aufgaben die kurzen und daher so kostbaren Tage unserer Parteifengriffe mit Dingen anzufüllen, die nur wenige einzelne interessieren, aber die Masse kalt lassen, die noch dazu durch die Art, wie sie behandelt werden, das Ansehen und die Ehre der Partei auf das schwerste schädigen.“ Ueber den Dresdener Parteitag läßt sich sehr vieles sagen, und es wird noch sehr vieles darüber gesagt werden — leider gar nichts gutes. Indes die Sozialdemokratie hat so viele ruhmvolle Parteitage erlebt, sie hat soviel Erfolg und Ehre zu verzeichnen, daß sie sich auch mal schämen darf. Und es muß gesagt werden: wir müssen uns des Dresdener Parteitages schämen.“

Zwischen den beteiligten Personen geht die Debatte in der Presse weiter. Bernhardi veröffentlicht die ganze Karte Mehrings über Schoenlaan an Harden, um den Beweis zu führen, daß Mehrings Erklärung in verschiedenen Punkten unrichtig sei. Er will damit beweisen, daß Harden zu dieser Zeit bereits die Vorbereitungen zur Herausgabe der Zukunft getroffen hatte, daß auch Hardens Bismarck-Begeisterung Mehring zu der Zeit bekannt war und daß dieser auch Bebel und Liebknecht Harden gegenüber verdächtigt habe.

Mehring veröffentlicht im „Vorwärts“ eine Erklärung, die sich gegen Auslassungen des Genossen Auer auf dem Parteitage richtet. Danach könne es scheinen, als habe Mehring den Genossen Auer auf dem Parteitage gerichtet. So habe sich ein Gerücht gebildet, als ob Mehring wegen irgend welcher Vorurteile den Parteivorstand in der Hand haben müsse. Mehring erklärt, daß er keinerlei Veranlassung zu einem solchen Gerücht gegeben habe.

Auch Bebel veröffentlicht im „Vorwärts“ eine Erklärung, in welcher er sagt, der mit „Der Parteitag“ überschriebene Artikel in der Dienstagsnummer des „Vorwärts“ fordere zu schärfstem Widerspruch heraus. Die ganze Auffassung dieses Artikels verrate, wie verschiedene andere Artikel, die der Vorwärts in der letzten Zeit über ähnliche Thematika veröffentlichte, „einen bedauerlichen Mangel an Erkenntnis der treibenden Kräfte und der Ursachen, die diesen Diskussionen zu Grunde liegen.“

Deutschland.

Berlin, 23. September.

* **Graf Bülow und die Reichstagsdiäten.** Auf dem nationalliberalen Parteitag in Essen hat der frühere Abgeordnete Wassermann u. a. gesagt, es sei ein offenes Geheimnis, daß auch der Reichskanzler für Reichstagsdiäten sei. Die Deutsche Tageszeitung meint, an der Richtigkeit dieses Anspruchs sei nicht zu zweifeln. Sie könne nie im Gegenteil aus persönlicher Erfahrung bestätigen. Zimmerhain sei es fraglich, ob man durch derartige Mitteilungen dem Reichskanzler einen Dienst erweise. Daß die Erreichung des Zieles dadurch nicht gefördert werde, liege für jeden Kenner der Verhältnisse auf der Hand.

* **Graf Bülow über die handelspolitische Lage.** Nach dem Neuen W. Tagbl. machte der Reichskanzler Graf Bülow folgende Äußerungen: „Vom Wunsch geleitet, daß die Schwierigkeiten, welche dem befreundeten und verbündeten Reich aus seiner innerpolitischen Lage erwachsen, sich nicht verschärfen und die Kontinuität guter handelspolitischer Beziehungen nicht flören, habe ich bisher davon abgesehen, wegen der Eröffnung von Verhandlungen besonders zu drängen oder zur Kündigung des deutsch-österreichischen Vertrages von 1901 zu schreiten. Natürlich kann aber der Moment kommen, wo wir nicht länger warten können. — Im Interesse Deutschlands und Österreich-Ungarns wollen wir hoffen, daß sich das „nicht länger warten können“ nur auf die Einleitung von Verhandlungen und nicht etwa auf die Kündigung des Handelsvertrages beziehen soll.“

* **Wörter Frauen in Hamburg nicht öffentlich sprechen dürfen.** Man erinnert sich der Tatsache, daß die Delegierten des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine vor 2 Jahren förmlich aus dem ihnen eingeräumten Saale des Reichstagsgebäudes vertrieben wurden und dann die Generalversammlung in einem Lokale der Kommandantenstraße abhalten mußten. Veranlassung hierzu gab damals die Absicht der Polizei, die Generalversammlung polizeilich zu überwachen. Hiergegen aber lehnte sich die Leitung des Reichstagsgebäudes auf, weil die Polizei in den Hallen des Reichstagsgebäudes „nig tau seggen“ hätte. Ein ähnliches Mißgeschick waltet über der diesjährigen Generalversammlung des Verbandes, die vom 27. September bis 1. Oktober er. nach Hamburg einberufen ist. Wie die Vorlesende, Frau Minna Cauer, gestern abend in einer im Architektenhause tagenden Versammlung des Vereins „Frauenwohl“ bekannt gab, ist es diesmal der Hamburger Senat, der Schwierigkeiten macht. Er will absolut nicht zugeben, daß in Hamburg über das Thema „Der Kampf

gegen die Prostitution“ referiert und diskutiert werde, da von der Besprechung dieser Sittlichkeitsfrage eine Verunreinigung des öffentlichen Friedens zu befürchten sei. Um nun dieses für den 29. September auf die Tagesordnung gesetzte Thema nicht ausfallen zu lassen, muß die Generalversammlung an diesem Tage in — Altona tagen, während sie die übrigen Verhandlungsgegenstände in Hamburg erledigt. Die Stellung des Hamburger Senats in dieser Angelegenheit ist — wie die Rednerin betonte — umso befremdlicher, als Männerversammlungen in Hamburg das angefochtene Thema unbeanstandet öffentlich behandeln dürfen, das gerade für Hamburg mit seinen zahlreichen Bordellen ein erhöhtes Interesse hat, und weil in Hamburg die Frauen sogar politischen Vereinen beitreten können.

* **Aus unserer Kolonialgrenzgebieten.** Dem „Berliner Lokalanz.“ wird aus London telegraphiert: Nach in Liverpool eingetroffenen Meldungen ereignete sich während der zur Zeit stattfindenden Reise des Gouverneurs von Kamerun, von Puttamer, durch Nigeria nach dem Tschadsee auf britischem Gebiet ein Zwischenfall. Als die deutsche Regierungsnacht mit Herrn von Puttamer, mehreren Beamten und Truppen in Orlabalar ankam, verlangten die an Bord gekommenen schwarzen britischen Zollbeamten die Verriegelung der auf dem Schiff befindlichen Waffen und die Vorlegung der Schiffsdokumente. Als der Kapitän dies verweigerte, kam es zu einem heftigen Streit. Schließlich wurden die Schwarzen angeblich mit Bajonetten vor Bord gejagt. Die Angelegenheit, die durch einen Irrtum von schwarzen Zollbeamten verursacht wurde, ist freundschaftlich beigelegt worden.

* **Gegen das Urteil der Deutscher Strafkammer im Lauerhütter Wahlkavallprozess** ist nach der „Oberschlesischen Grenzzeit.“ Revision eingelegt worden.

* **Der Wienerer Fluchbeginnigungsprozess.** Nach Beendigung des Zeugenverhörs begannen gestern die Plädoyers. Staatsanwalt Langer beantragte am Schlusse seiner Anklage- rede gegen Dr. Miegolewski 2 Wochen, gegen Rechtsanwält Wolinski 2 Wochen, Herrn v. Koscielski 1 Monat, Chociszewski 3 Tage, Rittersgutbesitzer Beim 17 Tage, Kaufmann Jolodski 1 Monat, Winnicki 17 Tage, Grochowski 2 Wochen, v. Lutowski 10 Tage, Nowakowski 1 Woche, Dasziewicz 1 Woche, Probst Labenski 5 Tage, Janicki 2 Wochen und Probst Stojel eine Woche Gefängnis. Heute früh um 3 1/2 Uhr wurde das Urteil gefällt. Von 14 Angeklagten wurden 13 freigesprochen. Nur Jolodski-Breschen, der Kassierer des Komitees, erhielt wegen Begehung 1 Woche Gefängnis.

Das ist das Ende eines Prozesses, von dem sich die halakalischen Organe der „Dumarsen“ große Sensationen versprochen!

Das Satyrspiel zur Auenberg-Tragödie.

Bei den Griechen war es bekanntlich üblich, im Anschluß an ein Trauerspiel ein „Satyrspiel“ aufzuführen, ein lustiges Stück, in dem das in der Welt des Hohen würdevoll verspottet wurde, in dem zuweilen sogar durch eine Parodie der Gegenstand der vorausgegangenen Tragödie verläßt wurde. Hieran erinnert lebhaft folgende Meldung des „Tag.“: „Ein Nachspiel zu der Märe des Prinzen Prosper Auenberg, der bekanntlich im Gefängnis zu Hannover unbedingte Vergünstigungen erhalten hatte und deswegen in die Strafanstalt zu Regal bei Berlin überführt worden war, fand heute vor der Disziplinarkammer des Oberlandesgerichts zu Celle statt. Es wurde dort gegen drei in die Angelegenheit des Prinzen Auenberg verwickelte Gefängniswärter aus Hannover verhandelt. Zwei der Angeklagten erhielten einen Freiweis, gegen den dritten wurde auf 30 Mark Geldstrafe erkannt.“

Der wegen vorläufigen und mit Ueberlegung ausgeführten Mordes zum Tode verurteilte und zu 15 Jahren Gefängnis begnadigte Verbrecher führte bekanntlich im Gefängnis ein Leben herrlich und in Frieden. Nicht nur an geistigen Getränken, an „anregender“ Lektüre, sondern auch an „lieblichen“ Damen fehlte es ihm nie. Als dieser Vorgang in der Presse gebrandmarkt wurde, berief man sich darauf, daß es sich nur um bedauerliche Vergehen Unterbeamter handle, daß natürlich die Regierung nicht will, daß Mörder prinzipiellen Gebührens besser wie andere Verbrecher behandelt werden. Die drei Unterbeamten aber, welche man für verantwortlich hält, kommen mit einem „Freiweis“ oder mit einer kleinen Geldstrafe davon, ein Beweis dafür, für wie schlimm man in Preußen die Verurteilung eines Gefangenen in ein Fremdenhaus zugunsten eines Mörders hält, der zu den „Edelsten der Nation“ gehört. —

Italien.

ac. Die sozialistische Partei Italiens zählt nach einer Statistik, welche der Parteivorstand im „Il Socialismo“ veröffentlicht, gegenwärtig 39 192 zahlende Mitglieder. Von den 71 der italienischen Provinzen haben sämtliche, außer einer, sozialdemokratische Parteiorganisationen zu verzeichnen. An der Spitze marschiert Reggio Emilia mit 3948 Mitgliedern, die in 100 Sektionen (Ortsvereinen) organisiert sind. Die einzige Provinz, in der eine feste Organisation noch nicht vorhanden ist, ist die Provinz Cosenza. Bemerkenswert sind die steten Fortschritte, welche die Partei in den Agraridistrikten und selbst in den entlegensten Gegenden von Sizilien und Sardinien macht. Selbstverständlich umfaßt die Zahl der Organisierten durchaus nicht alle Anhänger des Sozialismus.

England.

Das neue Kabinet.

ac. Wenn auch noch nicht offiziell bestätigt, so werden doch mit aller Bestimmtheit die nachstehenden als die neuen Männer des Ministeriums bezeichnet. Lord Selborne soll der Nachfolger Chamberlains werden, Austen Chamberlain wird Finanzminister, Forster ist zum Kriegsminister und Brodrick zum Staatssekretär für Indien bestimmt, während Lord Stanley General-Postmeister werden wird.

Aus dem Leben einer Niesenstadt.

ac. Der Londoner Grafschaftsrat hat soeben ein acht-hundert Seiten umfassendes Werk veröffentlicht, in welchem statistische Angaben über die Stadt London für das Jahr 1902/03 zusammengefaßt sind. In Nachstehendem lassen wir einige interessante Einzelheiten daraus folgen: Die Einwohnerzahl der Niesenstadt wird auf 4 336 641 angegeben; unter Hinzurechnung jedoch aller derjenigen Vororte, die zwar äußerlich ganz mit London verwachsen sind, aber ihre eigene Verwaltung haben, sind es 6 581 402. Die Sterberate war in den letzten zwei Jahren nicht ungünstig; sie betrug 18,6 pro 1000 im letzten und 17,1 pro 1000 im vorhergehenden Jahre, sie war also niedriger als die der meisten europäischen Hauptstädte, ausgenommen Amsterdam, Brüssel und Stockholm. In den Straßen Londons fanden 302 Personen durch Unfall

ihren Tod. — Für öffentliche Arbeiten (Bauten etc.) veranschlagte die Stadt 8 1/2 Mill. Mark. — Die Abendschulen, die dem städtischen Schul-Board unterstehen, wurden von 55 000 Schülern gegen 14 000 im Jahre 1893/94 besucht. — An öffentlichen Parks unterhält die Stadt 91 mit einem Flächeninhalt von 1560 Hektar; hierzu kommen 12 königliche Parks mit 656 Hektar. — Die Stadt hat einen großen Teil der Straßenbahnen in eigener Verwaltung; jedoch sind außerdem noch 9 Privatgesellschaften vorhanden, welche die öffentlichen Verkehrswege kapitalistisch ausbenten. Insgesamt wurden auf den Londoner Straßenbahnen im Berichtsjahr 337 Mill. Personen befördert; die Länge der Schienenstränge betrug 32 Millionen Meilen. — Vergnügungsparks (Theater, Musikhallen etc.) waren 662 konfessioniert.

Parteinachrichten.

* **Wieder ein sozialistischer Bürgermeister.** In Dietigheim in Baden fand am vergangenen Samstag Bürgermeisterwahl statt. Der Herr Pfarrer hatte eine äußerst lebhaft agitierte Kandidatur, um dem Kandidaten des Zentrums, Herrn Bus Jung II., zum Siege zu verhelfen. Die pfarrerliche Wahlhilfe konnte den Zentrumskandidaten aber nicht vor der Niederlage bewahren, er bekam nur 29 Stimmen, während sein Gegenkandidat, Herr Schmidt, mit 35 Stimmen gewählt wurde. Schmidt zählt sich zur sozialdemokratischen Partei.

Soziales.

* **Ueber den Arbeitsmarkt im August** faßt das vom kaiserlichen statistischen Amt herausgegebene „Machsarbeitsblatt“:

„Der Arbeitsmarkt im Monat August hat sich im allgemeinen günstig gestaltet, es ist in den meisten Industrien, soweit sie nicht teils durch Saisonverhältnisse, teils durch Witterungsverhältnisse in entgegengegesetzter Richtung beeinflusst werden, im August ein Anzeichen der Konjunktur zu bemerken. Der Kohlenbergbau war sehr gut beschäftigt, in der Metall- und Maschinenindustrie sowie in der elektrischen Industrie machte die Besserung weitere Fortschritte, und auch in der Textilindustrie trat ein nennenswerter weiterer Rückgang der Beschäftigung nicht ein.“

Die Landtagswahlen.

Die Auszeichnung der Landtagswahlen.

Der preussische Minister des Innern Freiherr v. Hammerstein veröffentlicht im „Machs-Anzeiger“ den Termin der Landtagswahlen. Die Bekanntmachung lautet:

„Für die Wahlen zur zwanzigsten Legislaturperiode des Hauses der Abgeordneten habe ich auf Grund der §§ 17 und 28 der Verordnung vom 30. Mai 1849 (Gesetzblatt S. 205) als Wahltermine, und zwar für die Wahl der Wahlmänner den 12. November d. J. und für die Wahl der Abgeordneten den 20. November d. J. festgesetzt.“

Lokales.

Elberfeld — Barmen.

Elberfeld, 24. September.

* **„Sozialdemokratischer Terrorismus“** ist eine Rubrik überschrieben, der man in der bürgerlichen Presse ohne Unterschied der Parteirichtung fast täglich begegnet. Unter dieser Rubrik werden alle angebliche und wirkliche Ausschreitungen, die bei Streiks hier und da noch vorkommen, sehr unbillig und fast immer stark übertrieben registriert. Besonders groß ist darin die Zentrumsprelle und auch die Presse der Nachbeter des großen Zigen. Diese verfolgen dabei neben der Verdächtigung der Sozialdemokratie, die mit Ausschreitungen bei Streiks gar nichts zu tun hat, noch den besonderen Zweck, gegen die freien Gewerkschaften scharf zu machen und die christlichen bzw. die kirchlich-katholischen Gewerkschaften bei der Regierung und den Unternehmern als Gegengewicht gegen die freien Gewerkschaften in empfehlender Erinnerung zu bringen. Noch vor wenigen Tagen ging eine Notiz durch die hiesige bürgerliche Presse, und die auswärtige Presse hat sie dann als gesundes Pressen sofort aufgeschnappt, wonach streikende Maurer von Barmen im benachbarten Langerfeld eine große Mordgeschechte verübt haben sollten. Wenn das, was die bürgerliche Presse darüber berichtet hat, wirklich von den Streikenden ausgeführt worden wäre, dann hätte sicherlich die Staatsanwaltschaft die „sozialdemokratischen Terroristen“ sofort hinter Schloß und Riegel gelegt. Daß das nicht geschah, ist der beste Beweis dafür, daß die bürgerliche Presse wieder einmal ganz gehörig geschwindelt hat.

Die ganze Unethik der bürgerlichen Presse kommt aber dadurch zum Ausdruck, daß sie von Ausschreitungen der Unternehmer und Arbeitswilligen gegen Streikende in den wichtigsten Fällen Notiz nimmt, und wenn es geschieht, dann in einer Form, die sie als recht harmlos erscheinen lassen. Um einen Fall herauszugreifen, sei an den Ueberfall erinnert, den sich vor wenigen Tagen die Baunternehmer Jacobs in Barmen auf den dortigen Streikleiter zu Schulden kommen ließen. Obwohl die beiden Unternehmer — und nicht der überfallene Streikleiter — von der Polizei festgenommen und nach der Wache gebracht worden waren, hat die gesamte hiesige bürgerliche Presse diese Geschichte mit einigen wenigen Zeilen, aus denen nicht einmal der Tatbestand ersichtlich war, abgetan. Von sittlicher Entrüstung, die bei angeblichen Ausschreitungen Streikender üblicherweise ausgeschüttet wird, keine Spur!

Aber das ist es nicht allein! Während man jede Ausschreitung Streikender, wenn sie den freien Gewerkschaften angehört, als Ausfluß sozialdemokratischer Verhegung und als sozialdemokratischer Terrorismus denunziert, zieht man nicht denselben Schluß, wenn die Ausschreitungen von christlichen Gewerkschaften begangen werden. Das Neueste, was seitens der bürgerlichen Presse, vorab der Zentrumsprelle, in solchen Fällen geschieht, ist die einfache Mitteilung des Tatbestandes, und das erst dann, wenn die Gerichte sich mit der Geschichte befassen und das Urteil gesprochen haben. Hier ein Beweis: In der Kölnischen Volkszeitung ist gestern folgendes zu lesen:

Mißhandlung Arbeitswilliger. Am 4. Juni d. J. traten die Arbeiter der Webberger Wollindustrie in den Ausstand und die Streikenden bemühten sich, von auswärtig kommende Arbeitswillige dem Orte fernzuhalten. Zwei streikende

Ω Eine für Bierhändler wichtige Entscheidung hat das Kammergericht gefällt. Ein Bierhändler B. war in Strafe genommen worden, weil er unbefugt die Schankwirtschaft

Zentralverband deutscher Maurer
Zweigverein Barmen-Elberfeld.

Sonntag den 27. September 1903, nachmittags 5 Uhr,
im großen Saale der „Stadthalle“ Barmen:

2. Stiftungs-Fest

bestehend in

Festzug, Vokal- u. Instrumental-Konzert,
humoristischen und theatralischen Aufführungen und
geschlossenem Tanztränzchen.

Unter Mitwirkung des **ges. Stadt. Orchesters**
sowie des **erb. Gesangvereins „Proletaria“** Barmen.

NB. Zur Beteiligung am Festzug versammeln sich die
Elberfelder Mitglieder punkt 2½ Uhr nachmittags im
„Volkshaus“, die Barmener Mitglieder punkt 3 Uhr
nachmittags auf dem Kaiserplatz, Unter-Barmen,
(Kaiserbrücke).

Der Festleiter.

Arbeiter-Turnverein.

Unter-Barmen.

(Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes)

Sonntag den 27. September 1903, nachmittags 5 Uhr,
im Hotel Hegelich, Allee:

7. Stiftungsfest

Freunde können durch Mitglieder eingeführt werden

Der Festleiter.

Restaurant E. Meister, „Zur Schönebeck“
Telef. 1378. Barmen, Schönebeckerstr. 33. Telef. 1378.

bringt seine großartigen Lokalitäten bei Verabreichung vor-
züglicher Speisen und Getränke in empfehlende Erinnerung.
Ferner empfehle meinen neu erbauten

Saal, ca. 400 Personen fassend
sowie separate Gesellschaftszimmer zur Abhaltung von Ver-
sammlungen und allen vorkommenden Festlichkeiten.
Neu angelegte Kegelbahn sowie Billard stehen zur gefälligen
Benutzung.

Arb.-Gesangverein „Vorwärts“
— Naviges. —
(Mitglied des Arbeiter-Gesangbundes Rheinland)

Sonntag den 27. September 1903, nachmittags 4½ Uhr,
im Vereinslokal bei F. Mühlenmeister zu Lonscheid:

Stiftungs-Fest

bestehend in

**Vokal- und Instrumental-Konzert und
geschl. Vereinsball.**

Mitw. Vereine: „Unverzag!“ Dahnberg, „Freie Lieder-
halle“ Barmen und Männer-Quartett „Edelweis“ Elberf.
Preis der Karte im Vorverkauf 30 Pfg., an der Kasse 40 Pfg.
Die passiven Mitglieder sind hierdurch besonders freundlich
eingeladen.

Der Vorstand. Das Festkomitee.

Consumgen. „Vorwärts“, Barmen,
c. G. m. b. H.

Montag den 28. Septbr. 1903, abends 8½ Uhr,
im großen Saale des Central-Hotel, Cleverstr.:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht und Beschlussfassung über die Bilanz;
2. Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinns.

**Der Aufsichtsrat der
Consumgenossenschaft „Vorwärts“**
c. G. m. b. H.

Conrad Engel, Vorsitzender.
NB. Als Legitimation dient die grüne Mitgliedskarte.

Bilder-Einrahmungen jeder Art.
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer u. Händler.
Bruno Gey, Geinhardtstraße 76.

Stadt-Theater
Elberfeld.
Direktion: Hans Gregor.

Donnerstag den 24. September,
abends 7½ Uhr,
12. Ab.-Vorst. Serie II. (hellbr.)
Novität! Zum 2. Male!
Das große Geheimnis.
Lustspiel in 3 Akten v. Pierre Wolff.
Freitag den 25. September,
abends 7½ Uhr,
13. Ab.-Vorst. Serie II. (grau):
Novität! Zum 1. Male!
Des Pastors Riese.
Komödie in 3 Akten v. Erich
Schlaifer.

**Restaurations
„Volkshaus“**
Elberfeld,
Hombüchelerstrasse 10
empfiehlt:

**Gut. bürgerlich.
Mittagstisch.**
• H. Wicküler Bier •
Säle u. separ. Räume
für Vereine u. Gesellschaften.
Achtungsvoll
**Wilhelm Frank,
Ökonom.**

**Restaurations
von
Ad. Engels,**
Barmen, Werlestr. 15,
hält sich bestens empfohlen.
H. Bremme's Bier,
Reinen Zul. Merklingshäuser
Alaren.

Saal ca. 300 Personen fassend,
steht zur gef. Benutzung

Billard. Kegelbahn

**Schankwirtschaft
G. Wohlfarth,**
Barmen, Eynergraben,
hält sich bei Verabr. bester Speisen
und Getränke bestens empfohlen.
Prima Schnitten, weisse Wurst
und Schinken wie bekannt
Gesellschaftszimmer mit Billard
u. Pianino steht zur Verfügung.

**Restaurant
H. J. Daniels**
Barmen, Schuchardstr. 29
empfiehlt sich unter Zusage
guter und aufmerksamer
Bedienung.

Kleiner Saal
zur gef. Benutzung.

Hagen-Wehringhausen.
Eröffnete gegenüber dem Frei-
fahrradbrunnen eine

Stehbierhalle.

Getränke und Speisen
in uns tadelloser Güte.
Bitte um gelegentlichen Zuspruch.
August Sieling.

Erstklassige Flaschenbiere
(hell u. dunkel Brenne-Bräu)
Cigarren, Cigaretten, Tabake,
sowie Genossenschafts-Kautabak
empfiehlt

Abr. Blum,
Barmen, Gosenburgstr. 12.

**Restaurations
Fr. Reuter jun.,**
Barmen,
Hagen u. Ködigerstr. Ecke,
hält sich bei Verabreichung nur
guter Speisen und
Getränke
bestens empfohlen.

• **Billard.** •

**Schankwirtschaft
Peter Schauf,**
H. Klingelhofstr. 64
hält sich bei Verabreichung nur
guter Speisen und Getränke
bestens empfohlen.
Sep. r's Zimmer mit Billard

Allgemeiner Konsum-Verein
für Hagen i. W. und Umgegend.
c. G. m. b. H.

Bilanz

vom 1. Juli 1902 bis 4. Juli 1903.

Activa		Passiva	
	M. S.		M. S.
An Kassa-	Ronto 6 430.84	Guthaben-	Ronto 3 401.50
" Sparkassen	" 700.00	Reservefonds-	" 470.40
" Waren-	" 21 442.45	Kautions-	" 810.00
" Inventuren-	" 6 197.54	Mieten-	" 510.20
" Anteile-	" 357.65	Ronto-Korrent	" 20 112.48
" Unkosten	" 2 076.35	Reingewinn	" 11 900.25
	37 204.83		37 204.83

Mitglieder - Statistik.

Am Anfang des Jahres
(1. 7. 02) 257
Neu hinzugekommen 944
Bestand am Schluss
(30. 6. 03) 1201
Ausgeschieden 49
Bestand am Anfang des 3ten Jahres (1. 7. 03) 1152

Gastsumme 36030 Mt.
also mehr 28 320 Mt.

Die Geschäftsguthaben der Mitglieder vermehrten sich um
2445 Mark.

Hagen i. W., den 22. September 1903.

Der Vorstand:
Otto Vollmar. Wilh. Voßmeyer. Friedr. Rennemann.

**Hüte, Mützen,
Schirme,
Pelzwaren und
Kravatten**

kauft man am billigsten bei

H. Grote,

Barmen, Wupperfeld,
Schuchardstraße 21. Berlinerstraße 10.

Officiere von heute ab äußerst billig:

la **Leinöl** per 55 Pfg. b Abn. 53 Pfg. gar.
holl. gef. Liter von 10 Lit. 1 Tag u. 10 Pfg.

la **Bleiweis** in Del. 25 Pfg. 10 Pfg. 2.30 Mt.
per Pfd. 25 Pfg. 10 Pfg. 2.30 Mt.

Lacke für Möbel u. Fußböden per Pfd. von 80 Pfg. an.

Sämtliche Farben, Lacke, Anstreichmittel äußerst billig

— Sie werden von einem Fachmann bedient. —

Spezial-Lack- u. Farben-Geschäft.
Carl Hoffmann,
U.-Barmen, Haspelerstr. 55.

Sorden erschien: die neueste Ausgabe von



mit den Wahlergebnissen von 1903.
Porträtgalerie und biographisches Lexikon,
Nachschlagebuch für alle Verhältnisse
des Reichstages.

„Ankündigung“ nach dem „Deutschen Reichstages“.
Stets originell, unentbehrlich, brauchbar
für Jedermann.

Einstimmig empfohlen von Hunderten von
Blättern aller politischen Richtungen.
Preis nur 50 Pfennig.

Zu haben und zu beziehen durch die
Buchhandl. der Freien Presse, Elberfeld
Friedrichstraße Nr. 37.

Deliciosa
kleine Hamb. Handarb. Zigarette
Sandblatt mit Havana

8 Stück 50 Pfg.

H. W. Jacobs,
Barmen u. Elberfeld.

Institut für
Zahnleidende
von
G. Bukofzer,
Elberfeld,
Bachstr. 99/101.

Günstige Bedingungen,
wöchentlich 1 Mal,
ohne Freierhöhung.
Zahnteilen schmerzlos.

Rotter
Kranken- und Sterbelaße

Samstag den 26. Septbr.
abends 8 Uhr,
bei Gellwig, Bockleiderstr. 13:

Auflage u. Aufnahme neuer Mitgl.
Aufnahme bis 50 Jahre.

Wichse mit
Pilo
deine Schuhe

**Für die
Herbstzeit**

empfehle ich:

Wandlampen
von 50, 75 und 90 Pfg.
mit Spiegelglas.

Flur- und Nachtlampen
von 40 Pfg.

Tischlampen
von 1.95 und 2.75 Mt.
mit dekorativem Fuß u. Schirm.

**Majolika- und Onyx-
Zuglampen**
von 4.75 Mt.

Majolika in seinen Dekor.

**Werkstell-Lampen,
Bandwirl-Lampen,
Laternen** von 50 Pfg. an.

**Schaffner-Stell- u.
Sturm-Laternen.**
Alle Sorten **Cylinder u.
Dochte** vorrätig.

Außerdem halte ich mein Lager
in **Emallienwaren, Decken und
Gerden, Waschkesseln, Wannen u.
Waschmaschinen** und sämtliche
Artikel für den Ha-Ha-Ha
bestens empfohlen.

Rich. Herm. Böhmer
Barmen-R., Berlinerstr. 119.

Schweim.
Grosse Auswahl
Küchen
zu verkaufen.

C. Böving, Möllerstraße 22

Reste
für Herren- und Kinderanzüge,
in Cheviot, Sammet, Tuch etc.
in neuen modernen Farben, auch
einzelne abzugeben.

Elberfeld, Gröhlungsstraße 16,
1. Treppen hoch.

Aquarium zu kaufen gesucht
Off. a. d. Exped. d. Bl. Elberf.

Zaden mit Nebenzimmer
wegen der Nähe mehrerer Schulen
vorzüglich geeignet für Buchbin-
deri, Papier- u. Schreibmateri-
alienhandlung, im Hause Nagen-
bergstr. 205, per sofort billig zu
vermieten.

Gelegenheitskauf
einer hervorragenden
Qualitäts-Zigarette

Cascade-Mexikana
10 Stück 60 Pfg.

H. W. Jacobs,
Barmen u. Elberfeld.

eliossa
amb. Gandarb. Sumatra
blatt mit Havana
tücht 50 Pfg.
W. Jacobs,
nen u. Elberfeld.

Institut für
hleidende
von
Bukofzer,
Elberfeld,
chstr. 99/101.
stige Bedingungen,
sichtlich 1 Mk.,
ie Preisverhöhung,
ngelien schmerzlos.

Rotter
n- und Sterbefälle
tan den 26 Septbr.
abends 8 Uhr.
wig. Vordruckerstr. 18.
u. Aufnahme neuer Mitgl.
ahme bis 50 Jahre.

Pilo
deine Schuhe

Für die
rbszeit

empfehle ich:
andlampen
50, 75 und 90 Pfg.
mit Spiegelreflekt.

und Nachtlämpchen
von 40 Pfg.

ischlampen
1.95 und 2.75 Mk.
nietem Fuß u. Schirm.

lika- und Onyx-
Zuglampen
von 4.75 Mk.

lika in feinen Dekor.

stell-Lampen,
wirklerlampen,
nen von 50 Pfg. an.

ffner-Stell- u.
rmlaternen.

Cylinder u.
ochte vorrätig.

in halte ich mein Lager
llwaren, Telen und
Waischeisen, Wärrn u.
schinken und sämtliche
el für den 6a Stall
iens empfehle.

Herm. Böhmer
n-R., Berlinerstr. 119.

Schweim.
Grosse Auswahl

ü cken

zu verkaufen.
ving, Kölnstr. 22

Reste

ren- und Kinderanzüge,
ot, Remmgar, Tuch u.
modernen Farben, auch
ngeln abzugeben.

D, Erholungsstraße 16,
1 Treppe hoch.

rium zu kaufen gesucht.
Epel. d. Bl. Elberf.

mit Nebenzimmer

in Nähe mehrerer Schulen
h geeignet für Buchbin-
vier- u. Schreibmateri-
albildung, im Hause Mägen-
205, per sofort billig zu

genheitskauf

vorragenden
Qualitäts-Zigarette

ada-Mexikana

Stück 60 Pfg.

W. Jacobs,

nen u. Elberfeld.

erfeld.

Beilage zu Nr. 223 der Freien Presse, Donnerstag, 24. September 1903.

Die Streiks im Jahre 1902.

II.

Wenn auch die Aufwendungen, welche von der Arbeiterkass für die wirtschaftlichen Kämpfe gemacht worden sind, sich genauer nachweisen lassen, so doch nicht der Verlust, welchen die Arbeiter an Ausfall von Arbeitsverdienst hatten. Vom Jahre 1900 ab ist die Streikstatistik zwar auch auf diese Fragen ausgedehnt worden, doch sind die Angaben hierüber nicht vollständig. Es waren zu verzeichnen:

1900: 852 Streiks mit 115 711 Beteiligten
1901: 727 " " 48 522 "
1902: 861 " " 55 713 "

2 440 Streiks mit 219 946 Beteiligten

Davon ist der Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst festgestellt.

	nach Verlust an	Arbeitszeit:	Arbeitsverd.
1900: 608 Streiks mit 62 273 Beteil.	1 223 702 Tage	4 372 850 Mk.	
1901: 604 " " 38 913 "	1 194 553 "	3 997 082 "	
1902: 749 " " 48 153 "	964 317 "	3 759 350 "	

1 961 Streiks mit 149 339 Beteil. 3 382 572 Tage 12 129 282 Mk.

So unvollkommen diese Zahlen auch sind, so zeigen sie doch welche Opfer die Arbeiterkass bringen muß, um von den Unternehmern eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhalten, die sehr wohl zugestimmt werden könnte, ohne daß es ihnen gewaltigen Opfer bedürfte. Es steht außer allem Zweifel wenigstens für diejenigen, welche ein offenes Auge für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse hat und die Vorgänge bei dem Ringen der Arbeiter um eine bessere Lebenshaltung beobachtet, daß es nicht die Unerschlichkeit der Forderungen der Arbeiter ist, was die Unternehmer veranlaßt, die geforderten Arbeitsbedingungen nicht anzuerkennen, sondern der Umstand, daß sie es als einen Eingriff in ihre „Herrschaftsrechte“ betrachten, wenn die Arbeiter überhand Forderungen stellen.

In den Orten, in welchen Angriffstreiks geführt wurden, waren vor den Streiks schon 2803 Arbeiter vorhanden, welche die geforderten Arbeitsbedingungen hatten, während in 659 Betrieben für 6356 Arbeiter die Forderungen bewilligt wurden, ohne daß es zum Streik kam. Ein Beweis dafür, daß das, was die Arbeiter verlangen, durchaus im Rahmen des Erfüllbaren lag. Wenn es sich nicht um Leute handelt, die Schmutzkonkurrenz treiben, muß der eine Unternehmer erfüllen können, was der andere zugest. In hohen Löhnen und kurzer Arbeitszeit ist noch nie ein Gewerbe zugrunde gegangen, sondern auch in Deutschland ist leicht der Nachweis zu führen, daß Gewerbe und Betriebe mit den günstigsten Arbeitsbedingungen am besten florieren.

Aber auch ein anderer Umstand erweist, daß die Arbeiter nicht leichtsinnige Forderungen stellen. Es handelt sich, wie die Gewerkschaftsstatistik ausweist, bei den an Streiks Beteiligten um Leute, die über die jugendliche Leichtfertigkeit hinaus sind und zum größten Teil eine Verantwortung für ihre Familie haben. Von den 55 713 an den Streiks und Ausperrungen Beteiligten waren nur 3729 männliche und 577 weibliche unter 21 Jahren alt. Tagelöhner waren 26 019 männliche und 2199 weibliche. Streikende verheiratet, die insgesamt 48 982 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren hatten. Diese Leute werden sich hüten, unerschütterbare Forderungen zu stellen und ihre Familie der Not preiszugeben, der sie bei Streiks ausgesetzt sind, trotz der, nur zu oft sehr geringen, Streikunterstützung. Es ist daher nichts anderes als eine Mithachtung der Arbeiter, wenn die Gegner der Arbeiterbewegung davon reden, daß die Arbeiterkass leichtsinnig Streiks inszenieren. Nur die Unternehmer, welche dem Arbeiter das Recht verweigern, bei den Arbeitsbedingungen mitzubestimmen und diejenigen, welche sich in den Dienst dieses Unternehmertums stellen, können und werden es befehlen, daß es sich für die Arbeiter bei den Streiks um eine ernste, wohl überlegte Sache handelt, bei der sie ihre kümmerliche Existenz aufs Spiel setzen in dem Bewußtsein, das es schlimmer ist, unter der herrschenden Ausbeutung dahinzugehen, als durch zeitweilige Vergrößerung ihrer Notlage zu versuchen, dieser Ausbeutung Einhalt zu gebieten. Stets aber verhalten sie zu einer Verständigung zu kommen, selbst da, wo der Unternehmer ihnen mit rücksichtsloser Brutalität entgegentritt und eine sofortige Arbeitsunterbrechung am Platze wäre. In 627 Fällen ist 1902 vor der Arbeitseinstellung und in 942 Fällen während derselben versucht, mit den Unternehmern in Unterhandlung zu treten, doch wurde dieser Versuch in 381 Fällen zurückgewiesen. Zeitlicher kann die Auffassung, welche ein nicht unbeträchtlicher Teil der Unternehmer über die Arbeiterrechte hat, nicht zum Ausdruck kommen. Man muß aber solchen Verhandlungen beigegeben haben, um zu wissen, daß bei denselben die Unternehmer sich ausnahmslos sich so stellen, als erwiesen sie den Arbeitern eine besondere Gnade, wenn sie zu einer Verständigung zuglaffen.

Im Wirbel.

Ein Buch aus der Anarchie des Lebens.
Von Carl Morburger.

(Nachdruck verboten.)

Fortschegung.

„Freunde! Mitbürger und Genossen!“ deklamiert es draußen weiter. „Diese Stille beängstigt mich — sie ist fürchterlich, sie macht erschauern. Endet meine Qual! sagt: wohin wend' ich meine Schritte — rechts oder links? Wo findet sich ein Guldin?“

Von rechts kommt ein Leises Röcheln, und dann tief leiglich:

„In allen Tiefen herrscht heilige Ruh —
In keiner Tasche auch nur ein Sous!“

Ein Lachen.

„Schreckliche Dede! Kinder, hört man?“

„Ich kann Dich jetzt nicht brauchen!“ ruft Kaster; da-

gegen Herrnsfeld:

„Kommt her, Sporer, es ist offen!“

Sporer tritt ein. Der gutmütige, sorg- und gedankenlose Bohème. Er deklamiert:

„Ach aus dieses Dalles“ Gründen,

„Könnt' ich doch den Ausweg finden! . . .“

und dann sofort, unvermittelt im unverfälschten Dialekt:

„Na, Leuter! — ich sag Enk die Stierität!“ — mit an

Lipp!“ schlägt ma h'raus! Zum aus d'r Pant fahrn!“

Darauf Herrnsfeld:

„Sporer! Sporer! Seit wann bist Du unter die Moralisten

gegangen?“

„? Hörst — la Verdächtigung nüt!“

„No, ich bin schon ruhig!“ lacht Herrnsfeld. „Wer fikt

Du denn jetzt?“

„Die Klänerin.“

„Die Alte? Die „Frau am Brunnen“?“

1) Geldmangel. 2) Geldmangel. 3) Kreuzer.

werden. Nach den Erfahrungen, welche wir bezüglich der Auflassung der Mehrheit der Unternehmer über das Recht der Arbeiter haben, eine Milderung der Arbeitsbedingungen zu verlangen und nach dem, was die Streikstatistik über die Möglichkeit, gestellte Forderungen zu bewilligen, erkennen läßt, kann man nur zu dem Ergebnis kommen, daß die für die Streiks gebachten Opfer zum Teil hätten vermieden werden können, wenn unser Unternehmertum die natürlichen Arbeiterrechte anzuerkennen geneigt wäre. Die Arbeiter werden und müssen sich diese Anerkennung erkämpfen und wären die Opfer, welche sie dafür bringen, auch noch höhere, als sie es bisher waren.

Charakteristisch für deutsche Verhältnisse ist es auch, daß die meisten Streiks im Jahre 1902 ebenso, wie 1901, geführt werden mußten, um eine Lohnvergrößerung abzuwehren, und noch charakteristisch der Umstand, daß 47,3 pzt dieser Streiks mit vollem Erfolge endeten. Das heißt nicht anders, als daß die Unternehmer verachten, den Profitausschlag auf Kosten der Arbeiter zu decken, in der Hälfte der Fälle aber davon absehen mußten, weil die Arbeiter Widerstand leisteten. 1902 wurden zur Abwehr von Lohnvergrößerungen 277 Streiks mit 7676 Beteiligten, 1902: 213 solcher Streiks mit 5533 Beteiligten geführt. Welcher Art die Ursachen des Streiks waren, zeigt die folgende Tabelle:

Ursache des Streiks	1902		Erfolg i. pzt.	
	Streiks	Beteiligte	der Streiks	der Beteiligte
Angriffstreiks:				
Verkürzung der Arbeitszeit	1	6	100,0	100,0
Lohnvergrößerung	185	17899	48,9	33,6
Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnvergrößerung	60	13587	28,3	10,8
Freisetzung nichtliegender Personen	5	127	20,0	14,1
Verschiedene Forderungen u. Ursachen . . .	38	1040	34,4	48,4
Summa	289	30659	42,4	24,5
Abwehrstreiks:				
Ausperrungen	56	6791	15,4	16,9
Austritt aus den Organisationen	4	135	50,0	13,3
Wahregelung	79	2283	46,0	53,7
Nichtinnehaltung der allgem. übl. Arbeitsbedingungen	46	1821	66,7	43,3
Lohnvergrößerung	277	7676	47,3	41,8
Verkürzung der Arbeitszeit	22	973	32,7	11,0
Einführung einer Fabrikordnung	8	140	28,6	20,0
Schlechte Behandlung der Arbeiter . . .	10	172	40,0	29,6
Verschiedene Ursachen	70	3073	43,1	22,5
Summa	572	23054	43,7	32,8

Bei den Angriffstreiks wurde 1902 ferner bei 25,7 pzt der Streiks und für 33,7 pzt der Beteiligten, und bei den Abwehrstreiks bei 16 pzt der Streiks für 23,7 pzt der Beteiligten teilweiser Erfolg erzielt. Das Ergebnis der Streiks war im Jahre 1902 demnach nicht günstiger als 1901, eine Folge der wirtschaftlichen Konjunktur, deren tiefer Stand, beurteilt nach den Ergebnissen der Statistik der früheren Jahre, auch in der größeren Zahl der Abwehrstreiks zum Ausdruck kommt.

Von den gesamten Streiks wurden 4244 Betriebe mit 63 217 männlichen und 6164 weiblichen Arbeitern betroffen. Die Arbeiterzahl bezieht sich für die Betriebe, in welchen Arbeiter verschiedener Berufe beschäftigt sind, nur auf die Betriebsabteilungen, in welchen gestreikt wurde. Von den Streikenden gehörten bei Beginn der Streiks 41 199 männliche und 2043 weibliche der Organisation an, doch waren nur 23 415 männliche und 1051 weibliche bereits länger als 6 Monate vor Beginn der Streiks organisiert. Von den Streiks fanden nur 59 nicht die Zustimmung der Zentralverwaltung des Verbandes, ein Beweis dafür, daß auch die Zentralvorstände, trotz nicht günstiger Konjunktur, in fast allen Fällen anerkannten, daß kein anderes Mittel übrig blieb als zum Streik zu greifen. Das Vorhandensein dieses Gewerkschaftsrechtes zeigt auch, daß die Organisationen sehr genau prüfen, ob nicht in anderer Weise den Wünschen der Arbeiter Geltung verschafft werden kann und daß von einem leichtsinnigen Vorgehen der organisierten Arbeiter nicht die Rede ist.

Die Streiks wurden in 175 Fällen durch einen Vergleich der direkt Beteiligten, durch Vermittlung der lokalen Verwaltung der Organisation in 184, des Zentralvorstandes in 86, des Gewerbegerichts in 34 und anderer Personen in 24 Fällen beendet. Von den gesamten Kosten der Streiks, die 2 237 504 Mk. betragen, kamen allein 2 041 181 Mk. aus den Mitteln der an den Streiks beteiligten Organisationen. 114 906 Mk. wurden durch

freiwillige Beiträge aufgebracht, 53 593 Mk. waren Beiträge anderer Gewerkschaften, 25 578 Mk. kamen aus allgemeinen Sammlungen und 2246 Mk. aus dem Umstände. Die Art der Aufbringung der Mittel giebt gewissermaßen einen Einblick darin, in welchem Maße die Finanzkraft der Gewerkschaften im Laufe der Jahre erstarkt ist. Deswegen sei in der folgenden Tabelle nachgewiesen, wie sich in den Jahren, auf welche sich die Statistik erstreckt, die Aufbringung der Mittel gestaltete.

Jahre	Gesamt- kosten der Streiks Mk.	Davon kamen		
		aus der Kasse der im Streik beteiligten Organisationen Mk.	Prozent der Ge- samt- aus- gabe	aus dem Aus- lande Mk.
1890/91	2 094 922	1 215 025	58,0	126 125
1892	84 633	29 271	34,0	4 610
1893	172 001	64 123	37,0	3 133
1894	354 297	85 341	24,0	2 464
1895	424 231	204 970	48,0	2 994
1896	3 012 950	724 603	24,0	84 643
1897	1 257 298	775 361	62,0	1 949
1898	1 345 302	1 051 074	78,0	3 132
1899	2 627 119	2 016 157	77,0	7 079
1900	2 936 030	2 487 853	84,4	5 900
1901	2 515 888	1 734 491	68,9	103 306
1902	2 237 504	2 041 181	91,2	2 246
Summa	19 092 180	12 429 450	65,1	347 486

In den Jahren, in welchen die Gewerkschaften ihren ungünstigsten Stand hatten, waren sie genötigt, bei Beginn eines Streiks andere Organisationen um Hilfe anzurufen oder Sammlungen zu veranstalten. Nach der Erklarung der Organisation kam man dazu, die Streikkosten aus den Kassen der Verbände zu decken. Im Jahre 1902 wurden 91,2 Prozent der Kosten der Streiks von den direkt beteiligten Gewerkschaften selbst aufgebracht. In den Jahren, in welchen ein Rückgang dieses Prozentsatzes gegenüber den Vorjahren vorhanden, wurden Streiks geführt, deren Unkosten zum großen Teil aus den Beiträgen nicht direkt beteiligter gedeckt werden mußten. So 1896 der Streik der Dänenarbeiter und Seelen in Hamburg und 1901 der Generalstreik der Glasarbeiter. In solchen Ausnahmefällen ist es selbstverständlich, daß von der nicht unmittelbar beteiligten Arbeiterkass Hilfe geleistet wird, und sie wird gern geleistet, weil auch die der Hilfe bedürftigen Gewerkschaften befreit sind, die nötigen Mittel anzuhammeln, um für den Kampf gerüst zu sein. Darin ist in dem letzten Jahrzehnt ein ganz gewaltiger Fortschritt erzielt und finden wir darin die Gewähr, daß den Gewerkschaften trotz der Niederlagen, welche sie in langen und schweren Kämpfen erlitten haben, die Zukunft gehört.

Das Jahr 1902 brachte den Gewerkschaften gleichfalls nur bei der Hälfte der geführten Kämpfe vollen Erfolg. Berücksichtigt man aber, daß mehr als die Hälfte der Streiks zur Abwehr geführt werden mußten und doch bei diesen die Unternehmern in den meisten Fällen sich in günstigerer Kampfsposition befanden als die Arbeiter, so ist der Erfolg der Kämpfe des letzten Jahres durchaus kein ungünstiger zu nennen. Die Verluste, welche die Arbeiter in diesen Kämpfen erlitten haben, zeigen uns aber wiederum, daß die Rüstung für den Kampf noch nicht ausreichend war. Es muß daher das Ergebnis der Streikstatistik eine Mahnung an die Arbeiterkass sein, weiter zu rüsten, die Organisationen zu stärken und für die Anammlung genügender Mittel zur Führung des Kampfes zu sorgen. Weiter aber ist zu beachten, daß die Arbeiter auf das genaueste prüfen müssen, ob es ratsam ist, in der Zeit der ungünstigen Konjunktur auf jede Provokation der Unternehmer hin zum Streik zu greifen. Unruhig erwägend und die eigenen, wie die Kräfte des Gegners sorgsam prüfend, muß entschieden werden, ob das letzte Mittel, welches den Arbeitern zur Verfügung steht, angewandt werden soll. Kommt es hierzu, dann muß treues Aushalten und feste Entschlossenheit den Kampf auszeichnen. Gelschäft dieses, so werden wir Schritt für Schritt vorwärts kommen und die Zahl der ungünstig für die Arbeiter verlaufenden Kämpfe wird wesentlich geringer werden.

Trennep-Kemsheld-Mittmann.

c. Trenenberg, 23. Sept. Zur bevorstehenden Landtagswahl. In einer Bekanntmachung des Bürgermeisters ist die Abgrenzung der Wahlbezirke und die Aufstellung der Wahlverzeichnisse für die Gemeinde Cronenberg

„Na ja, ich komm' schon, nur mit rebellisch werd'n! Is offen?“
Ein dreifaches: „Ja!“
Sie tritt ein. Ein kleines lüppiges Fingertchen, lebensfrohe und doch innige Augen. Die Grifette, an der noch Erdgeruch haftet.
Middam: „Was gibst's?“
„Tonerl, ich schreib' Dir zwei Stunden Akt, Du holst gleich 's Geld und gibst es dem Sporer.“
„Gut is! Aber schnell!“
„Tonerl! Freundin! Gönnerin! Aber die Krone zieht Dir nicht ab?“
„Aber Herr Sporer!“ gibt sie schmolend zurück. „Ja, was glauben S' denn? Wann S' es brauchen, dann lassen's Jhna sogar die ganzen zwei Gulden. Ich geh' Ihnen schon ohne Bezahlung. Bitt' Sie — unter so gute Freund', wie mir san!“
„Na, kenn' ich die Toni?“ ruft Herrnsfeld.
Sporer ist gerührt und verrät ein Geheimnis: „Welch ein göttlich Weib! Dabei schulde ich ihr noch — drei Stunden Modellgeld!“
„Aber ich bitt' Jhna . . . ich kann wart'n! Aber'n Bettel, schnell, ich hab' la Zeit!“
„So, hier ist er!“ sagt Herrnsfeld und übergibt ihr die Anweisung.
„Kommen S', Herr Sporer! Schnell! W'ht Jhna Gott, meine Herren!“
Ein allgemeines: „Servus, Tonerl!“ Sie haftet zur Türe hinaus.
„Der Schöpfung Krone ist das Weib!“ deklamiert Sporer, der ihr folgt.
„Ein goldener Kerl!“ meint Herrnsfeld.
Dann wird es wieder still. —
Kurz vor drei Uhr überblickt Kaster nochmals das Atelier und merdet einige Studien, von denen er befürchtet, daß sie den Gast unangenehm berühren könnten, der Wand zu. Wie er noch prüfend den Raum mustert, pocht es an die Türe: er eilt hinaus und öffnet.
(Fortsetzung folgt.)

1) Malen des Kopfes; 2) Arbeit-Malen des Körpers.

erfolgt. Die Urwählerlisten liegen an drei Tagen, und zwar am 23., 24. und 25. September im Rathaus, Zimmer Nr. 10, während den gewöhnlichen Bürozeiten zur Einsicht offen. Einwendungen gegen die Richtigkeit können während den oben bezeichneten Tagen auf dem Bürgermeisterei schriftlich einreichen oder zu Protokoll gegeben werden. Die Namen und Wohnungen der ernannten Wahlvorsteher und deren Stellvertreter, die Abgrenzung der Wahlbezirke, die Wahllokale, die Zeit der demnächstigen Offenlage der Urwählerlisten, sowie die Wahltermine werden noch besonders bekannt gegeben.

1. Remscheid, 23. Sept. Aus dem Stadtrat. Nach Empfang eines herzlichen Händedrucks vom neuen Beigeordneten wird derselbe vom „Ober“ mit den obligaten Begrüßungsworten eingeführt. Herr Beigeordneter Mannkopf versichert, daß seine Berufung auf diesen Posten ihn mit Stolz erfüllt, nannte seinen Wahlspruch: Prüfe, prüfe und dann handle sachlich und abermals sachlich. Im übrigen will er „geben, was dem Manne Wert verleiht, seine Arbeit.“ Nachdem dem Expenden eines allerdings schönen Bildes in der Parkhalle der übliche Dank erstattet, verbreitete sich Baurat Hartwig über die Folgen des Unwetters vom 5. September und konstatierte, daß der Niederschlag ein bisher unerreichter war, die Kanalisation, soweit sie fertig ist, den an sie gestellten Anforderungen gewachsen gewesen sei. Zur Verhinderung der Verfaulung der Abflüsse bedürfe es einer baldigen Regulierung der Bürgersteige, deren jetzige Decken (Mische, Sand etc.) den Niederschlägen nicht Stand halten. Nachdem Genosse Bohr veranlaßt hatte, daß einem stark bedrohten Grundstück in der Dorfstraße umgehende Hilfe zu Teil wird, verbreitete sich der Vorsitzende über den hiesigen „General-Anzeiger“ im Allgemeinen und dessen Inhalt „Das freie Wort“ im Besonderen. Trotzdem man diesen Anonymitäten gründlich keine Beachtung schenke, die betreffenden Aufsätze zudem meistens (2) aus der Feder des Verlegers stammten, habe man sich doch einmal veranlaßt gesehen, Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen, dessen Endergebnis die Verurteilung des Redakteurs mit 100 Mark Geldstrafe sei. Bei dieser Gelegenheit verwickelte sich der „Ober“ in einen starken Widerspruch. Er sagte, daß er nicht den Namen des Entsetzlichen, sondern nur eine Widerrufung verlangt habe. Dieses sei aber nicht geschehen, vielmehr habe der Redakteur geantwortet, daß „er das Redaktionsgeheimnis nicht verletzen wolle“. Dann ist ihm auch etwas anderes abverlangt worden, als nur der Widerruf!

Die Einführung elektrischer Beleuchtung bildete den nächsten Gegenstand der Diskussion. Nach den Vertragsbestimmungen zahlt die Straßenbahngesellschaft von der Bruttoeinnahme der Abgabe von 125000 Kilowattstunden 5 Proz., von 150 000 abgegebenen Kilowattstunden 10 Proz. an die Stadt. Nach 15 Jahren darf die Stadt auch die heute der Gesellschaft geschenkten Erlaubnis, Strom zu Beleuchtungszwecken abzugeben, für 60000 Mark zurück kaufen. Diese Seite des Vertrages gab Gen. Leberberg Anlaß zur Kritik und sprach er sich gegen den Vertrag aus. Es ist dasselbe Bild, wie bei den Beratungen bezgl. Übernahme der Straßenbahn. Aus Mangel an Geld können wir uns aber auch kein eigenes Elektrizitätswerk bauen, und weil wir vor-aussichtlich noch lange mit Treibstoffmangel zu rechnen haben, wollen wir auch in 15 Jahren die Erlaubnis zur Lichtproduktion nicht zurückkaufen und deshalb den Kaufpreis auf obige Höhe schrauben. Daß die Kraftstation nach 15 Jahren ein genau so „rundes, glattes Geschäft“ ist, wie heute die Straßenbahn, das sucht diese Männer nicht weiter an und blieben Leberberg und Genossen allein mit ihrer vernünftigen Ansicht. — Eine Gebührenordnung für Desinfektion wurde angenommen. Die Gebühren können erlassen werden, welche Bestimmung den Genossen Koch veranlaßte, den Erlaß der Gebühren nach bekanntem Muster als Armenunterstützung und zwecks Wahlrechtsentziehung nicht zu buchen. — In ein Labyrinth geriet wieder der Baurat: er verlangte für neue Straßenschilder 200 Mark, die Summe wird bewilligt. Dieser Betrag deckt aber nur die Kosten für Emaillechilder, die Veranlassung verpflichtete ihn aber zur Beschaffung von Gusschildern, die nach der eigenen Aussage bedeutend teurer sind. Und doch verlangte er nicht mehr Geld! — Zur Unterstützung des Krüppelheims Kreuznach wurden 200 Mark bewilligt, ebenso dem Revierrichter Panisch 75 Mark für sonst geliefertes sog. Deputatsholz, dessen Wert sicher den doppelten Betrag repräsentiert. — Gelegentlich einer Ergänzungswahl für die Baukommission entspann sich eine Geschäftsordnungsdebatte über die Art der Abstimmung, die wohl eine Wiederholung erleben dürfte. — Die Anstellung eines neuen Rechnungsrevisors gab Genosse Bohr die Veranlassung zu der Frage, ob denn unter unseren Beamten keine geeignete Kraft vorhanden wäre. Von Verwaltungs-seiten ging die Erklärung ab, nicht anders handeln zu können, da man die Sekretäre gern auf ihre Kosten behält. Bei dieser Gelegenheit fielen tüchtige Lobreden auf diejenigen, die trotz des Lobes kein Rechnungsrevisor geworden sind.

h. Remscheid, 23. Sept. Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Volksvereins am letzten Sonntag stand im Zeichen der Wahlen, denn es mußten nicht mehr wie 7 verschiedene Wahlen getätigt werden. Der 2. Punkt der Tagesordnung, Berichtserstattung von der Kreisversammlung, wurde vom Vorsitzenden erledigt. Hierauf erfolgte die Abrechnung vom letzten Quartal. Danach betrug die Einnahme 965,13 M., die Ausgabe 198,60 M., der Kassenbestand 766,53 M. Die gesamte Jahreseinnahme belief sich auf 3262,25 M., die Ausgabe auf 2495,67 M., es verbleibt mithin am Schlusse des Berichtsjahres ein Kassenbestand von 766,58 Mark. Die Revisoren, die alles in Ordnung gefunden, beantragten Decharge für den Kassierer und daß ihm der Dank für seine Mühewaltung ausgesprochen werde, dem die Versammlung auch nachkam. Dem Agitationskomitee in Elberfeld werden noch extra 40 M. außer den 15 Proz. der Einnahmen bewilligt. Der Vorsitzende gab sodann den Jahresbericht in gedrängter Kürze, weil derselbe schon größtenteils bei der Berichtserstattung des Wahlkomitees erledigt wurde.

Alsdann erfolgten die Wahlen. Zuerst wurden drei Genossen in das Kreiswahlkomitee für die Landtagswahl gewählt. Der Vorstand wurde, außer dem Vorsitzenden und dem Kassierer, welche eine Wiederwahl ablehnten, wiedergewählt; ebenfalls die Bibliothekare, die Revisoren wie auch die Pressekommision. Für die Lokalkommision wurde der Vorstand unter Hinzuziehung eines Mitgliedes vom Gewerkschaftsrat bestimmt. — Die Stadtratswahl führte zu einer erregten und längeren Debatte. Schließlich wurde ein Wahlschlusssatz von 7 Mitgliedern gewählt. Derselbe soll seine Beschlüsse betr. der Kandidatenfrage einer Parteiversammlung unterbreiten.

th. Remscheid, 22. Sept. Es wird uns geschrieben: Der Maurerstreik nimmt größere Ausdehnung an. Vergangene Woche waren wir der Meinung, daß der Kampf zu Ende ginge. Nachdem mehrere Meister den bewilligten Lohn nicht bezahlt haben, sind die wieder gesperrt worden. Es sind dies die Unternehmer Paul Schwerdt und Friedrich. Im ganzen sind noch 13 Unternehmer gesperrt. Ganz besonders machen sich die städtischen Bauführer bemerkbar. So hat gestern morgen der Bauführer an der Kanalisation in der Blumenstraße geglaubt, den Streikenden die Straße verbieten zu können. Wir glauben doch, daß die Beamten dafür da sind, um zu beobachten, ob die Arbeiten richtig ausgeführt werden, und alles andere nicht ihre Sache ist. Die am Sonntag tagende öffentliche Versammlung nahm den Bericht über den Stand des Streiks entgegen. Kollege Muth legte die Situation des Streiks klar, sowie die Machination der Meister und forderte die Kollegen auf, jeder seine Pflicht und Schuldigkeit zu tun, damit der Sieg auf unsere Seite fällt. Eine in diesem Sinne lautende Resolution wurde angenommen.

s. Paan, 24. Sept. Angesichts der am Sonntag und die folgenden Tage stattfindenden Kirmes halten wir es für unsere Pflicht, nochmals auf die über die hiesigen Saalbesitzer verhängte Sperre hinzuweisen. Die Herren Witte behaupten eben noch immer auf ihren ablehnenden Standpunkt, laut welchem sie die Arbeiterkraft doch offenbar nicht als gleichberechtigten Faktor im öffentlichen Leben anerkennen. Ihre Stühle liegt eben in den bürgerlichen Vereinen, welche sich doch ausschließlich aus Arbeiter rekrutieren, es aber leider noch nicht über sich gewinnen können, ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen über die des Sports und Vergnügens zu stellen. Sie scheinen es nicht mit dem alten Sprichwort zu halten, welches in diesem Falle in gewissem Sinne so sehr zutrifft: „Erst die Arbeit, dann das Spiel.“ Doch hierüber möchten wir ein Wortchen; für heute die Veröffentlichung der in Frage kommenden Saalbesitzer:

G. Buznähnen, Alter Kirchplatz; Hermann Engels, Bergischer Hof; Albert Leimberg, am Markt; Jakob Benzen, Windhof und Max Meurer, Heidberger Mühle im Itterale. Wegen dieses der hiesigen sowie auswärtigen Arbeiter, welche das Bedürfnis fühlen auf einige Tage oder Stunden dem Kirmes- oder sonstigen Vergnügen zu huldigen — beachten und mit den Lokalen fähig nehmen, in welchen mindestens unsere Preise ein Plätzchen gefunden.

k. Velbert, 23. September. Achtung Landtagswähler! Am 25., 26. und 28. Sept., also Freitag und Samstag diese Woche, sowie Montag nächste Woche liegen auf dem hiesigen Rathaus, Zimmer 5, die Urwählerlisten für die Landtagswahlen offen, während der gewöhnlichen Bürozeiten. Versäume daher niemand, sich zu überzeugen, ob er in der Liste steht. Wer selbst nicht kann, beantrage einen Mitarbeiter oder Freund hiermit. Wahlberechtigt ist jeder, welcher Preussische und 24 Jahre alt ist, sowie seit einem halben Jahre anässig ist und keine Armenunterstützung bezieht.

Unge—Schwelm.

h. Schwelm, 23. Sept. Tödtlicher Unglücksfall. Der Schlosser Friedrich Hellwig hatte am Sonntag mit einem Freund einen Ausflug nach Vollmarstein gemacht. Abends wollten beide mit der Bahn zurückfahren. Während der Freund noch von Verwandten Abschied nahm, ging H. zum Bahnhof voraus und stürzte dabei in der Dunkelheit in einen Steinbruch, wo er benutzlos und schwerverletzt liegen blieb. Sein Freund veranlaßte den Zug und war überzeugt, daß Hellwig denselben erreicht habe. Er übernachtete in Vollmarstein und erst am Montag wurde er durch Auffinden des Leibes seines Freundes auf den Unfall aufmerksam. H. starb am Dienstag früh im Hause seiner Eltern.

Altena—Herkunft.

n. Herkunft, 23. Sept. Der Sozialdemokratische Verein für Herkunft und Umgebung hält am kommenden Sonntag, den 27. d. M., abends 8 Uhr, im Vereinslokal bei Herrn Lange am Bach eine Generalversammlung ab, zu welcher die Parteigenossen freundlich eingeladen werden. Die Tagesordnung weist unter anderem folgende Punkte auf: Bericht des Genossen Gewehr vom Dresdener Parteitag, Abrechnung, Jahresbericht und Vorstandswahl. Nichtmitglieder haben als Gäste Zutritt. In anbeacht der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen erforderlich.

Gerichtszeitung.

Elberfeld, 23. September. III. Strafkammer. Den Vorsitz führt Herr Landgerichtsrat Friedländer. Ein sehr zu Roberts neigender Mensch ist der wegen Mißhandlungen sechsmal vorbestrafte Pandlanger Friedrich M. von Solingen. In der Nacht zum 20. Juli ließ er seinen rohen Regungen wieder die Zügel schiefen, indem er ohne jeden Grund in der Nähe der Scheune des Meisters Müller zu Dorntropfen den Pandlanger Franz Steffens anrennende und zu Boden warf. Nach nicht genug damit, ließ M. schnell in sein Haus, holte eine Axt und schlug den Steffens damit zu Boden, außerdem fand St. später noch, daß er am Bein einige leichte Messerstiche hatte, die nur von M. herrühren konnten. Steffens war infolge der erhaltenen Verletzungen drei Wochen arbeitsunfähig. Für die verübten Delikte erhielt der rohe Bärton einen gehörigen Denkzettel in Gestalt von 18 Monaten Gefängnis.

Einem dreifachen Diebstahl faherte am 29. August der trotz seines jugendlichen Alters von 18 Jahren bereits zweimal wegen Diebstahls vorbestrafte Hilfsarbeiter Karl L. von Remscheid aus. Er benutzte die vorübergehende Abwesenheit der Verkäuferin in dem Schwärzenaden Wally Derrnfeld in der Elberfelderstraße zu Remscheid dazu, sich in den Laden zu schleichen, die Ladentasse gewaltsam zu öffnen und 42 Mark daraus zu entwenden. In der Begleitung des L. befand sich der 16jährige Fuhrmann Max D. von Remscheid. Derselbe stand vor dem Laden „Schmied“ und erhielt von dem gestohlenen Gelde als Anteil 20 Mark von L. eingehändigt. Der schon so früh auf die Bahn des Verbrechens gelangte L. wurde zu 18 Monaten Gefängnis, D. zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Im Fall sich der letztere gut führt, braucht er voraussichtlich die Strafe nicht abzuhängen.

Der Feilenhauer Paul Albert B. sowie die Fabrikarbeiter Hermann B. und Karl Walter B. von Remscheid waren angeklagt, im Dezember v. J. eine falsche Anzeige bei dem Gericht in Remscheid und hier erstattet zu haben. Im August und September v. J. wurde dem Schuhmacher Otto Br. in Remscheid wegen verschiedener Vorfälle von einer Anzahl Personen ein Volkskonzert, genannt „Kassenmusik“ des abends gebracht und Br. von einigen Beteiligten mißhandelt. Wegen der Beteiligung an diesen Vorfällen wurden die Angeklagten von Schöffengericht und Strafkammer zu Geldstrafen verurteilt. Die Angeklagten bestritten aber, sich der ihnen vorgeworfenen Vergehen schuldig gemacht zu haben und wollten unschuldig verurteilt worden sein. Mergerich über

ihre angeblich ungerechte Verurteilung, ließen nun die Angeklagten durch den Rechtskonsulenten Wog eine schriftliche Anzeige fertigen und an die zuständige Behörde abgeben, in welcher die Anzahl der gegen die Angeklagten B. aufgetretenen Belastungen, zeugen des Meineides beschuldigt wurden. Trotz eingehender Nachforschungen konnte die Staatsanwaltschaft kein Moment finden, durch welches der Verdacht des Meineides gestützt werden konnte, und wurde nunmehr gegen die drei B. Anklage wegen wissenschaftlicher Mißhandlung erhoben. Die Angeklagten behaupteten auch heute noch, unschuldig verurteilt zu sein. Wissenschaftlich hätten sie keine falsche Anzeige gemacht. Das Gericht gelangte zu der Ansicht, daß die Angeklagten bei Erstattung der falschen Anzeige in gutem Glauben gehandelt hätten, deshalb das erforderliche Kriterium der Wissenschaftlichkeit fehle und auf Freisprechung zu erkennen sei.

Wegen Mißhandlung hatten sich der häufig vorbestrafte Schlosser Johann Heinrich M. und der Fuhrmann Johann B. beide von Gräfrath, zu verantworten. Am 9. August hielt sich der Fiegelarbeiter Wilhelm Wönigk unbefugener Weise in dem Stalle des Herrn Wöschler auf, bei welchem der Angeklagte M. in Dienst stand. Als L. sah, daß Wönigk ein im Stalle stehendes Pferd neckte, stellte er denselben zur Rede. Im Verlaufe des entstehenden Streites warf Wönigk mit einer Fäuste nach dem Angeklagten L., worauf der letztere den B. mit einem Gasdruckschlag. Der hinzukommende ganz unbeteiligte M. verlegte dem B. einen Stich in das Gesicht. Der hinterlistige Mörder erhielt ein Jahr Gefängnis, während L. freigesprochen wurde.

Soziales.

*** Die Konkurrenz der Konsumvereine und die Konkurrenz der Kleinhändler untereinander.** So sehr die Kleinhändler über die Konkurrenz der Konsumvereine klagen, so haben sie diesen doch niemals irgend welche unfaire Konkurrenz nachweisen können. Es ist vielmehr wiederholt von Kleinhändlerseite ausdrücklich betont worden, daß das Geschäftsgedehnen der Konsumvereine im Verhältnis zum Konkurrenzvorteil der Kleinhändler untereinander doch ausbleibe. Ein sehr interessanter Beitrag zu dieser Frage bringt ein von M. P. gezeichnetes Artikel des hiesigen Volksblattes Nr. 204 in Zwickau unter der Überschrift: „Zum Untergang des Kleinkaufmanns“. In diesem Artikel wird mitgeteilt, daß ein dortiger Inhaber eines großen Detailgeschäftes 5 Pfund Mehl zum Preise von 56 Pfg., also pro Pfund zu 11 1/2 Pfg. verkauft. Unter der Voraussetzung, daß dieses Mehl eine baafähige Qualität besitzt und nicht etwa nur zu Kochzwecken verwandt werden kann, unter der weiteren Voraussetzung, daß das Mehl netto gewogen wird, zahlt der Verkäufer im günstigsten Falle bei 200 Zentnerladungen Qualität (10 167 1/2 Mark pro Sack, das ist 11 1/2 Pfg. pro Pfund. Rechnet man dazu einen 5 Pfund-Beutel, Verlust beim Auswiegen und allgemeine Geschäftskosten, so ist es klar, daß dieser Großdetailist, der das Pfund Mehl mit 11 1/2 Pfg. einkauft und 11 1/2 Pfg. verkauft, an diesem Geschäft einen nicht unerheblichen Verlust hat. Selbstverständlich können seine Kollegen und Konkurrenten nicht mit ihm konkurrieren. Er lockt deren Kundenschaft an sich und schaltet sie aus. Solche Wägen treibt die Konkurrenz der Kleinhändler untereinander. Also statt über die Konkurrenz der Konsumvereine und Warenhäuser zu klagen, sollten sie zunächst vor ihrer eigenen Türe stehen, in sie auf lange Zeit hinaus gar reichlich Arbeit finden werden.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Die größte Geschwindigkeit. mit der jemals ein menschliches Wesen befördert worden ist, hat vor einigen Tagen die Studiengesellschaft für elektrische Schnellbahnen auf der Versuchsstrecke zwischen Marienfeld und Jossen bei Berlin erreicht. Bei den Versuchsfahrten beschränkte man sich auf Geschwindigkeiten bis zu 140 Kilometer in der Stunde. Am Mittwoch wurden die Versuchsfahrten fortgesetzt und bis zu einer Schnelligkeit von 163 Kilometer gesteigert. Es war damit bereits die höchste Leistung der Studiengesellschaft überstiegen, die vor zwei Jahren die Geschwindigkeit von 160 Kilometer überschritten hatte. Der Donnerstag und der Freitag wurden zur Vorbereitung benutzt, und am Samstag wurde eine Geschwindigkeit von 165 bis 167 Kilometer erreicht, eine Leistung, die bisher weder die Studiengesellschaft noch sonst irgend Jemanden auf der Erde gelungen war. Eine Geschwindigkeit von 167 Kilometer in der Stunde bedeutet die Zurücklegung eines Weges von 2791 Meter in einer Minute oder 46 1/2 Meter in einer Sekunde. Mit einer derartigen Geschwindigkeit würde der Weg vom Brandenburger Thor bis zum Bahnhof Tiergarten in einer Minute zurückgelegt werden können. Der flüchtige bis jetzt beobachtete Sturm an der See hatte eine Geschwindigkeit von ungefähr 44 Meter in der Sekunde. Der Wagen wurde während der ganzen Woche von Oberingenieur Dr. Ing. Reichel geführt.

Ein neues Metall.

Eine neue Metallverbindung ist von G. Mollard entdeckt worden und hat von ihm den Namen Seltium erhalten. Es soll, wie der „Allgemeinen Zeitung“ berichtet wird, alle Vorzüge des Aluminiums ohne dessen Nachteile besitzen, vor allem leichter, härter und widerstandsfähiger als dieses sein. Dabei rostet es nicht und ist in der Herstellung weit billiger als Aluminium. Gleich dem Nickel nimmt es eine Politur an. Seine spezifische Dichte ist 2—6, seine Härte bedeutender als die des Zinks, aber geringer als beim Eisen. Gegen Zug und Torsion ist es widerstandsfähiger als letzteres, doch nicht so stark dem Stahl nach. Sein Schmelzpunkt liegt bei 1600°. Nach der Schmelzung zeigt es geringe Volumenveränderung, doch soll dieses nicht so groß sein, daß Gießen und Formen unmöglich wird. Wenn das neue Metall wirklich die von ihm gerühmten Eigenschaften besitzt, so würde es ausgedehnte Verwendung zur Herstellung von Röhren, von Hochgeschwindigkeits sowie beim Eisenbahn- und Schiffbau finden können.

Tages-Chronik.

*** Hanau, 22. Sept.** Ein feiner Schuhmann in Die hiesige Strafkammer verurteilte den Schuhmann Luther von hier wegen Erpressung zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten. Der Verurteilte lag folgender Tatbestand zugrunde: Die Ehefrau des L. unterhielt mit einem jungen Kaufmann ein intimes Verhältnis und als L. davon erfuhr, suchte er dem jungen Mann unter Drohung mit Anzeigen 2500 Mark Schweigegeld zu entlocken. Schließlich schäuferte er den Kaufmann dermaßen ein, daß ihm dieser ein Schriftstück unterzeichnete, in welchem er sein Vergehen mit der Frau des L. eingestand und sich erbot, dem Kaufmann ein Schweigegeld von 2500 Mark, zahlbar in monatlichen Raten zu 20 Mark, zu entrichten. Neben der Verurteilung mit 8 Monaten Gefängnis wurde gegen L. auch auf Abprechung der Befähigung zur Befleischung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 3 Jahren erkannt.